



Betreff:

öffentlich

Besetzung der Ombudsstelle der Landeshauptstadt Potsdam ab 01.01.2019

Einreicher: Fachbereich Recht, Personal und Organisation	Erstellungsdatum	12.11.2018
	Eingang 922:	12.11.2018

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
28.11.2018	Hauptausschuss		

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

1. Herr Rechtsanwalt Dr. Rainer Frank wird zum Ombudsmann der Landeshauptstadt Potsdam als unabhängiger Ansprechpartner für die Aufnahme und Bearbeitung von Hinweisen zu Korruptionsverdachtsfällen sowie zur Vornahme von Schulungen/Abstimmungen mit der/ dem Antikorruptionsbeauftragten bestellt.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit Herrn Rechtsanwalt Dr. Rainer Frank einen Vertrag zum Betrieb einer Ombudsstelle für den Zeitraum 01.01.2019 bis zum 31.12.2020 zu schließen. Die Landeshauptstadt behält sich ein einmaliges Optionsrecht zur Verlängerung des Vertrages um weitere drei Jahre vor, so dass der Vertrag spätestens am 31.12.2023 endet.

Überweisung in den Ortsbeirat/die Ortsbeiräte:

Nein

Ja, in folgende OBR:

Anhörung gemäß § 46 Abs. 1 BbgKVerf

zur Information

Finanzielle Auswirkungen?

Nein

Ja

Das **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als Pflichtanlage **beizufügen**

Fazit Finanzielle Auswirkungen:

Der Vertragsentwurf sieht entsprechend den Ausschreibungsunterlagen eine kombinierte Vergütung (Pauschale und Honorarstunden) für die Hinweisaufnahme, die Verifizierung, Abstimmungs- und Informationsgespräche sowie Schulungen vor.

Nach Wertung des Angebotes wird mit einem jährlichen Auftragsvolumen Angebotspauschale zuzüglich Honorarleistungen) von bis zu maximal 30.000,- € gerechnet.

Die Haushaltsmittel stehen im Produktkonto 11145000.5291100 (Rechnungsprüfung – Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen) zur Verfügung.

Für die Haushaltsjahre 2020 fortfolgende besteht ein Haushaltsvorbehalt.

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Begründung:

Bereits seit 2009 hat sich die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) zur Einrichtung einer externen Ombudsstelle als unabhängige Anlaufstelle sowohl für Mitarbeitende als auch Bürgerinnen und Bürger entschieden. Bislang waren drei Ombudsleute für die LHP tätig mit Vertragslaufzeiten von bis zu vier Jahren.

Das Vertragsverhältnis mit dem derzeitigen Ombudsmann, Herrn Dr. Rainer Frank, endet am 31.12.2018.

Die Fortführung der Antikorruptionsarbeit bzw. dieses Hinweisgebersystems erfordert daher eine neue Vergabe der Leistungen. Zur Sicherung der Betreuung der Ombudsstelle ab dem 01.01.2019 wurde auf Grundlage der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) eine Verhandlungsvergabe mit vorangeschaltetem Interessenbekundungsverfahren durchgeführt.

Am 27.07.2018 wurde der Text für das Interessenbekundungsverfahren über den Vergabemarktplatz Brandenburg veröffentlicht. Um einen größtmöglichen Wettbewerb zu erreichen, wurden parallel zur Veröffentlichung geeignete Bieter - Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälte mit Qualifikationen auf dem Gebiet des Strafrechts bzw. mit Erfahrungen in der Betreuung einer Ombudsstellen – per E-Mail aufgefordert, sich am Interessenbekundungsverfahren zu beteiligen. Die Interessenbekundung endete am 10.08.2018 mit insgesamt vier Bewerbungen. Alle vier Bewerber wurden zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert.

Zum Ende der Angebotsfrist am 05.09.2018 lagen zwei Angebote vor. Mit beiden Interessenten fanden am 25.09.2018 Verhandlungsgespräche statt.

Die anschließende Angebotsbewertung, d. h. die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes erfolgte dabei mit jeweils 30 % nach den Kriterien Preis, Aufgabenausführung und berufliche Erfahrung in der Betreuung einer Ombudsstelle und mit 10 % nach der Angebotspräsentation.

Unter Berücksichtigung aller Zuschlagskriterien hat Herr Rechtsanwalt Dr. Frank das wirtschaftlichste Angebot abgegeben.

Im Ergebnis der Auswertung der Angebote wird dem Hauptausschuss empfohlen,

Herrn Rechtsanwalt Dr. Rainer Frank

den Zuschlag zur Betreuung der Ombudsstelle in der Landeshauptstadt Potsdam ab 01.01.2019 zu erteilen und die bislang erfolgreiche Zusammenarbeit mit ihm fortzusetzen.

Die Beauftragung ist nach der Beschlussfassung des Hauptausschusses durch den Oberbürgermeister vorgesehen. Der Vergabevorschlag wurde durch das Rechnungsprüfungsamt geprüft und am 22.10.2018 bestätigt (Anlage).

Anlage:

Vergabevermerk

Darstellung der finanziellen Auswirkungen der Beschlussvorlage

Betreff: Besetzung der Ombudsstelle der Landeshauptstadt Potsdam ab 01.01.2019

1. Hat die Vorlage finanzielle Auswirkungen? Nein Ja
2. Handelt es sich um eine Pflichtaufgabe? Nein Ja
3. Ist die Maßnahme bereits im Haushalt enthalten? Nein Ja Teilweise
4. Die Maßnahme bezieht sich auf die Produkte Nr. 1114500 und 1113102 Bezeichnung: Rechnungsprüfung und FBL Recht, Personal und Organisation.

5. Wirkung auf den Ergebnishaushalt:

Angaben in EUro	Ist-Vorjahr	lfd. Jahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Gesamt
Ertrag laut Plan	5.000	5.000	5.000	0	0	0	10.000
Ertrag neu	5.000	5.000	5.000	0	0	0	10.000
Aufwand laut Plan	1.120.600	1.312.100	1.189.300	1.363.400	1.392.000	1.412.900	6.669.700
Aufwand neu	1.120.600	1.312.100	1.189.300	1.363.400	1.392.000	1.412.900	6.669.700
Saldo Ergebnishaushalt laut Plan	-1.115.600	-1.307.100	-1.184.300	-1.363.400	-1.392.000	-1.412.900	-6.659.700
Saldo Ergebnishaushalt neu	-1.115.600	-1.307.100	-1.184.300	-1.363.400	-1.392.000	-1.412.900	-6.659.700
Abweichung zum Planansatz							

5. a Durch die Maßnahme entsteht keine Ent- oder Belastung über den Planungszeitraum hinaus bis in der Höhe von insgesamt Euro.

6. Wirkung auf den investiven Finanzhaushalt:

Angaben in Euro	Bisher bereitgestellt	lfd. Jahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Bis Maßnahmeende	Gesamt
Investive Einzahlungen laut Plan								
Investive Einzahlungen neu								
Investive Auszahlungen laut Plan								
Investive Auszahlungen neu								
Saldo Finanzhaushalt laut Plan								
Saldo Finanzhaushalt neu								
Abweichung zum Planansatz								

7. Die Abweichung zum Planansatz wird durch das Unterprodukt Nr. Bezeichnung gedeckt.

8. Die Maßnahme hat künftig Auswirkungen auf den Stellenplan? Nein Ja

Mit der Maßnahme ist eine Stellenreduzierung von Vollzeiteinheiten verbunden.
Diese ist bereits im Haushaltsplan berücksichtigt?

Nein Ja

9. Es besteht ein Haushaltsvorbehalt.

Nein Ja

Hier können Sie weitere Ausführungen zu den finanziellen Auswirkungen darstellen (z. B. zur Herleitung und Zusammensetzung der Ertrags- und Aufwandspositionen, zur Entwicklung von Fallzahlen oder zur Einordnung im Gesamtkontext etc.).

Die organisatorische Veränderung der Verlagerung der Aufgabe "Korruptionsprävention" aus dem Bereich 907 Rechnungsprüfungsamt in den Fachbereich 93 Recht, Personal und Organisation trat zum 01. August 2018 in Kraft.

Bis 31. Dezember 2018 stehen die Mittel für Aufwendungen i.R. der Korruptionsprävention noch auf dem Produkt 1114500 Rechnungsprüfung zur Verfügung. Das geplante Budget für diese Aufwendungen wird zum 01. Januar 2019 vom Produkt 1114500 Rechnungsprüfung auf das Produkt 1113102 FBL Recht, Personal und Organisation übertragen.

Ab dem Jahr 2019 erfolgt somit die Bewirtschaftung für Aufwendungen der Korruptionsprävention aus dem Produkt 1113102 FBL Recht, Personal und Organisation (1113102120 Mitwirkung Korruptionsprävention).

Für die Haushaltsjahre 2020 fortfolgende besteht ein Haushaltsvorbehalt.

Anlagen:

- Erläuterung zur Kalkulation von Aufwand, Ertrag, investive Ein- und Auszahlungen
(Interne Pflichtanlage!)
- Anlage Wirtschaftlichkeitsberechnung (anlassbezogen)
- Anlage Folgekostenberechnung (anlassbezogen)

OE Vergabestelle 154	Sachbearbeiter / Telefon Neuhaus/3491
OE Bedarfsstelle 93	Sachbearbeiter / Telefon Rademacher/1506

Datum 12.10.2018

An: 907 - zweifach -

Prüfung von Auftragsvergaben

Vergabeverfahren / Prüfung Fachbereich

Gegenstand / Maßnahmen der Vergabe

Besetzung der Ombudsstelle in der Landeshauptstadt Potsdam als Verhandlungsvergabe mit vorgeschaltetem Interessenbekundungsverfahren gem. § 50 UVGO i.V.m. Punkt 9 Abs. 4 der DA-Vergabe

Vergabeverfahren

- EU weites Verfahren nationales Verfahren

Vergabeart

- vorgeschalteter Teilnahmewettbewerb
 öffentliche Ausschreibung / offenes Vergabeverfahren
 beschränkte Ausschreibung / nicht offenes Verfahren
 Freihändige Vergabe / Verhandlungsverfahren
 andere Vergabe
(wie z. B. gem. § 30 KomHKV, Wettbewerblicher Dialog, dynamisches elektronisches Verfahren)
 Abweichung von der vorgeschriebenen Vergabeart gemäß §

Zustimmung durch RPA erfolgte am: _____

Prüfung durch den Fachbereich

- Prüfung und Wertung gem. Vergabevermerk
 Die Haushaltsmittel stehen zur Verfügung

Produkt- und Kontonummer 1114500

Vergabevorschlag: Firma / Büro

Dr. jur. Rainer Frank, Potsdamer Platz 8, 10177 Berlin

20.527,50 pro Jahr Euro

17.10.18 i.v. Kap
 Unterschrift Vergabebevollmächtigte/r

Es lag(en) 2 Angebot(e) vor sowie

- Submissionsniederschrift Preisspiegel
 Vergabevermerk Wertung

Prüfungsbemerkungen:

Die Vergabeunterlagen wurden dem FB/Bereich 154 zurückgesandt.

- Dem Vergabevorschlag wird zugestimmt.
 Die Prüfungsbemerkungen (siehe oben) sind zu beachten.
 Der Vergabe kann nicht zugestimmt werden.

Potsdam, den 22.10.18

Landeshauptstadt Potsdam
 Rechnungsprüfungsamt
 Friedrich-Ebert-Straße 79-81
 14469 Potsdam
 Unterschrift Prüfer/in im RPA

Prüfvermerk RPA